

Platz abbeck

Nr. 5, 24. Juni 2008

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Kein Platz für Rassisten Köln darf Anti-Islam- Konferenz keine Räume zur Verfügung stellen

Die rechtsextreme Gruppe „pro Köln“ plant für den 19./20. September 2008 in Köln die Durchführung einer so genannten „Anti-Islam-Konferenz“. Zu dieser „Konferenz“ sind Redner aus ganz Europa eingeladen, die als Rassisten und Holocaust-Leugner bekannt sind. Für diese Veranstaltung sucht „pro Köln“ einen Ort in Köln. Doch es kann nicht sein, dass eine der größten Weltreligionen in dieser Art und Weise in Köln diskriminiert wird.

Köln ist dem Städtebündnis gegen Rassismus beigetreten. Auch deshalb betrachten wir es als unsere Pflicht, aktiv zu werden. Zwei Aufrufe, die sich ergänzen, decken das breite Bündnis des Protests ab. Deshalb hat die Fraktion beide unterschrieben und ist auch bei der Organisation des Widerstandes aktiv.

Wir treten für ein friedliches Miteinander ein. Dazu gehört auch, sich schützend vor Kölnerinnen und Kölner zu stellen, die mit solchen Veranstaltungen diskriminiert und diffamiert werden sollen. Denn wer untätig bleibt, ebnet solchem Rassismus den Weg. Wir lassen es nicht zu, dass Vorurteile geschürt werden. Stattdessen wollen wir Toleranz, Achtung und das Zusammenleben von Menschen, unabhängig ihrer Religionszugehörigkeit und Nationalität, stärken. Dazu gehört auch der interkulturelle und interreligiösen Dialog.

Denn bei der so genannten „Anti-Islam-Konferenz“ geht es in Wirklichkeit nicht um eine Debatte über Religion oder religiösen Fundamentalismus. Ihr geht es ausschließlich um Provokation und um eine diffamierende Kampagne gegen Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem aus der Türkei und dem Nahen Osten. Diese Veranstaltung soll Vorurteile und Hass säen und ein friedliches Zusammenleben der Menschen in Köln verhindern. Allein diesem Ziel soll die Diffamierung einer Religion und der Menschen, die ihr angehören, dienen. Das darf sich Köln nicht gefallen lassen.

Özlem Demirel, Jörg Detjen,
Michael Kellner, Claus Ludwig

Doppelhaushalt soll Kommunalwahl versüßen

Die Kommunalwahl 2009 wirft ihre Schatten voraus. Während im vergangenen Jahr die vier großen Parteien ein Zusatzpaket von 16,4 Mio. Euro geschnürt haben, beträgt es heute für 2008 und 2009 zusammen 43,7 Mio. Euro. Mehr als 10 Mio. Euro werden also im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich ausgegeben.

Mit der Beitragsreduzierung im 3. Kindergartenjahr hat die CDU ihre familienpolitische Duftmarke gesetzt. Die SPD hat 4,5 Mio. Euro in Beschäftigungsförderung gepackt und die Grünen dürfen in Zukunft auf neuen Radwegen mehr Fahrrad fahren.

Für 2009 ist ein Fehlbetrag von 102,5 Mio. Euro ausgewiesen, 2010 schon 124 Mio. Euro, für die kein Deckungsvorschlag gemacht wird. Deswegen haben wir starke Zweifel an der Nachhaltigkeit der beschlossenen Ausgaben. Finanziert werden soll das Ganze teilweise durch den Stadtwerkekonzern. Im neuen Haushalt werden für 2008 und 2009 jeweils 80 Mio. Gewinnentnahmen eingeplant. Im vergangenen Haushalt wurde den Stadtwerken 70 Mio. entzogen, das wurde damals als „Rekordsumme“ bezeichnet.

Mit 230 Mio. Euro für die Sanierung der Oper, jährlichen Fehlbeträgen der Messe von 27 Mio., dem Rennbahnkauf für 15 Mio. und einem Kredit an die Sparkasse in Höhe von 210 Mio. Euro stehen enorme

Ausgaben an. Zusätzlich will der Stadtwerkekonzern große Teile der Bonner Energieversorgung kaufen, und beim Flughafen soll eine Privatisierung verhindert werden.

Viele von diesen Projekten halten wir inhaltlich für sinnvoll. Es liegt aber kein Finanzierungskonzept vor. DIE LINKE. möchte wissen, wo dieses Geld herkommen soll, denn mit dieser Politik treibt Köln in die Haushaltssicherung.

DIE LINKE. dagegen ist dafür, z. B. den Gewinn bei der GAG zu belassen und in den Bau neuer und günstiger Wohnungen zu investieren. Außerdem muss eine Politik der Re-Kommunalisierung betrieben werden. Auch das kostet zunächst Geld, ist aber alternativlos.

Die Sanierung der Oper, Investitionen und Re-Kommunalisierung lassen sich nur umsetzen, wenn Köln die Einnahmen erhöht. DIE LINKE. will über eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes 30 Mio. Euro mehr erzielen.

Eine Verbesserung der sozialen Grundstruktur ist überfällig: Der Köln-Pass sollte auch für Geringverdiener bis 130% über dem Regelsatz gelten. Mit zusätzlichen 250.000 Euro im Jahr wäre das möglich. Köln-Pass berechnete Schulanfänger brauchen die Finanzierung einer Erstausrüstung mit Schulranzen, Turnsachen und Schreib-

... S. 2

DIE LINKE. Köln hat zusammen mit dem Kölner Bürger Bündnis einen Antrag in den Rat eingebracht.

Keine „Anti-Islamveranstaltung“ in Köln

Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Verwaltung darin, alle rechtlichen Schritte zu ergreifen, damit die angeführte Gruppierung keinen Ort zur Durchführung der oben erwähnten Veranstaltung in Köln findet. Es ist seit vielen Jahren Tradition, dass rechtsextremistische Organisationen keine städtischen Räume erhalten.

Der Rat der Stadt Köln fordert die Inhaber von privaten Veranstaltungsräumen auf, sich dieser Tradition anzuschließen und keine Räume und Plätze für rassistische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Der Kölner Polizeipräsident wird gebeten, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, damit die Hetzveranstaltung nicht stattfinden kann. Zumindest soll er dafür Sorge tragen, dass für den Fall von strafrechtlich relevanten Äußerungen, wie z.B. Hetzreden gegen Religion oder Migrantinnen und Migranten sofort eingeschritten werden kann.

zeug, was 442.000 Euro im Jahr kostet. Die Einführung eines Sozialtarifs für Strom hat der Rat im Dezember 2007 eingefordert. Damit haben wir eine bundesweite Diskussion ausgelöst, die jetzt steckenbleibt. Dabei könnte Köln hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Wir begrüßen die neu geschaffenen Stellen. Die Personalkürzungsvorschläge von Kienbaum waren eine Farce. Mehr Beschäftigte sind zum großen Teil durch die Übertragung von früheren Landesaufgaben notwendig geworden.

Auch im Reinigungs- und Sicherheitsbereich könnte Personal zugesetzt werden und Fremdvergaben an Private zurückgeholt werden. Gerade in diesem Bereich findet Beschäftigung unter unerträglichen Bedingungen, bezahlt mit Dumpinglöhnen statt.

In Köln wird nur jeder zweite Jugendliche, der sich um einen Ausbildungsplatz bewirbt, versorgt. Die Stadt muss Modelle entwickeln, mit denen jeder suchende Jugendliche eine Ausbildung beginnen kann. Dasselbe Ziel hat die geforderte Erhöhung der Plätze für den Gemeinsamen Unterricht in den Regelschulen.

Die CDU lässt der Breslauer Sammlung wieder 25.000 Euro zukommen, nachdem dieser revanchistischen Vereinigung vor Jahren der Geldhahn abgedreht worden ist. Denn die Breslauer Sammlung ist eine Wallfahrtsstätte für rechte und rechtsextreme Personen.

DIE LINKE wird gegen die Haushaltssatzung, aber für den Bürgerhaushalt stimmen. Denn DIE LINKE macht Haushaltspolitik mit den Kölnerinnen und Kölner gemeinsam.

Ein eigener Veränderungsnachweis der LINKEN liegt vor. Er hat ein zusätzliches Ausgabevolumen von 12 Mio. Euro gegenüber 31 Mio. Euro Einnahmen. Wer ihn mit dem von SPD, Grünen und CDU vergleicht, wird feststellen, dass unserem Vorschlag „Ausbau des Naturfreundehauses Kalk“ mit 190.000 Euro entsprochen wurde. Ein erster Anfang für eine sozialere Stadt.

Jörg Detjen

Gastkommentar

Bühnensanierung

Am 18. Mai 1957 wurde die Oper von dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem Bundespräsidenten Theodor Heuss eingeweiht. Das Schauspielhaus kam 1962 dazu.

Das ist nun durchweg fünfzig Jahre her. Das Erschreckende ist, dass ein halbes Jahrhundert lang weder die jeweilige Theaterleitung noch die Fachverwaltung oder der Rat dafür gesorgt haben, dass jährlich Sanierungsmittel für den größten Theaterbau – auch nach der Wiedervereinigung – der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt wurden.

Jeder „Häuslebauer“, der klug und vorausschauend ist, schließt am Tage des Richtfestes den nächsten Bausparvertrag ab, weil erfahrungsgemäß die ersten größeren Sanierungsarbeiten spätestens nach Ablauf von dreißig Jahren getätigt werden müssen. Wenn die Verantwortlichen der Vergangenheit zukunftsweisend gehandelt hätten, dann hätten für die Bühnen in jedem Jahr ca. zwei Millionen Euro zurückgelegt werden müssen. Mit diesem Geld und dem Zinseszins, wäre heute die Finanzierung der Sanierung und der Ausweichspielstätten erheblich leichter. Leider war es nicht so.

Inzwischen mehren sich sogar die Stimmen wieder, die infrage stellen, wofür jetzt diese Summen ausgegeben werden sollen. Der Aufschrei war besonders groß, als die Summe für das Staatenhaus am Tanzbrunnen als Ersatzspielstätte bekannt wurde. Was im Einzelnen baulich sinnvoller ist - Staatenhaus für Oper und Schauspiel, Palladium für die Oper, Schauspiel links- oder rechtsrheinisch - können wir nicht detailliert sagen. Auf jeden Fall ist aber klar: Wichtig ist die Publikumsbindung in den Zeiten der Auslagerung der Spielstätten! Wenn die Ersatzspielstätten so unattraktiv sind (schlechte Verkehrsverbindung, Lage außerhalb der Innenstadt usw.), dass das Publikum abwandert, ist der Schaden für das Theater und damit für die Kultur in Köln über Jahre hinweg nicht aufholbar. Alleine der Einnahmeausfall und der Imageverlust werden im Endeffekt viel teurer als die Einsparung durch jetzt vermeintlich billigere Ersatzspielstätten.

Andreas Hupke

Sprecher der ver.di-Fachgruppe Theater und Bühnen NRW

Beatrix Klein

ver.di-Vertrauensleutesprecherin Kulturdezernat

Aus den Bezirken:

■ Chorweiler

Uckermann, Lierenfeld, der nächste bitte....

Kölns CDU-Bezirksbürgermeister könnten bald zur Gattung der bedrohten Arten gehören: am 25. Februar dieses Jahres stürzte der 2. stellvertretende Bezirkschef Ehrenfelds Jörg Uckermann durch ein Votum der BV, wenn er auch blitzschnell zu den Volksgenossen von „Pro Köln“ stieß und zu ihrem Fraktionschef in der Ehrenfelder Bezirksvertretung mutierte, ohne sich dabei sonderlich verbiegen zu müssen.

Am 19. Juni rollte der nächste Kopf. In der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler wurde Bezirksbürgermeister Hans-Heinrich Lierenfeld mit großer Mehrheit abgewählt, nachdem ihm die eigene Fraktion den Gehorsam aufgekündigt und gemeinsam mit den Bezirksvertretern der SPD, der Grünen und der LINKEN einen Antrag auf Abwahl unterschrieben hatte.

Danach gab die BV Chorweiler allerdings ein Stück aus dem Tollhaus. In einer zweieinhalbstündigen Geschäftsordnungs- und Anfechtungsschlacht lieferte Lierenfeld

ein Rückzugsgefecht, das den neuen Bezirksbürgermeister Jürgen Kircher (SPD) und sogar den aus anderem Grund anwesenden Stadtdirektor Kahlen, die Mitglieder der BV und die Zuschauer auf eine harte Probe stellte. Es hagelte Ordnungsrufe, Kircher trat vorübergehend von seiner Listenvahl zurück, um sich dann in Einzelwahl bestätigen zu lassen, und Lierenfeld kündigte die Gründung einer eigenen Fraktion (mit Frau Lidwina) sowie die Anfechtung aller Wahlgänge an. Ein möglicher würdiger Abgang blieb aus. Ein langes juristisches Hinsiechen scheint stattdessen vorprogrammiert.

Inhaltlich sind die Fälle Uckermann und Lierenfeld allerdings völlig unterschiedlicher Natur: während bei Uckermann der Drang nach ganz rechts durch keine Notbremse mehr aufzuhalten war, ist solches von Lierenfeld nicht zu berichten. Im Gegenteil, seine Abneigung zu „Pro Köln“ war in der Vergangenheit so deutlich, dass er gelegentlich im Übereifer bei Provokationen der beiden Rechtsextremisten die Geschäftsordnung vergaß. Ihm wird vielmehr angekreidet, dass er immer häufiger durch Abwesenheit glänzte, nicht nur in den Sit-

zungen der Bezirksvertretung, sondern auch bei anderen Terminen. Da ist es keine große Überraschung, dass der eigenen Fraktion der Kragen platzte. Denn in einem Jahr ist Kommunalwahl, und da ist ein Geisterreiter eher hinderlich.

Ob Lierenfeld dann noch Mitglied der CDU ist, ist aber nach der dramatischen BV-Sitzung in Chorweiler mehr als fraglich.

Dieter Wernig

■ Ehrenfeld

Resolution gegen „Pro Köln“-Veranstaltung verabschiedet

Auf der letzten BV-Sitzung wurde einstimmig – bei Nichtteilnahme von „Pro Köln“ an der Abstimmung – eine Resolution verabschiedet, die sich auf eine Veranstaltung im Bezirksrathaus bezog. Wir dokumentieren im Folgenden diesen Beschluss:

Die Fraktionen verurteilen auf das Schärfste die zutiefst antidemokratische Vorgehensweise und die schlimmen Vorfälle, ausgelöst durch die rechtsextremistisch eingestufte Fraktion pro Köln, anlässlich ihrer sog. öffentlichen Bürgeranhörung vom 15.

Mai d. J. im Bezirksrathaus Ehrenfeld. Es ist nicht hinnehmbar, dass pro Köln das Bezirksrathaus quasi in ihren Besitz nahm, indem sie Ordner vor die Rathhaustüren postierte und den Einlass suchenden Bürgerinnen und Bürgern nach eigenem Gutdünken den Zutritt gestatteten oder diesen verweigerten.

Auch ein Polizeibeamter in Zivil bekam dies körperlich zu spüren.

Frei gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wurde das Zutrittsrecht ins Rathaus und somit auch in ihre Fraktionsräumlichkeiten nicht gestattet. Erst nachdem diese Mandatsträger diesen ungeheuerlichen Vorgang dem Bezirksbürgermeister meldeten und ihn baten, das freie Zutrittsrecht zu gewährleisten, konnte dieser unter Zuhilfenahme und mit Unterstützung der Polizei den freien Zutritt ins Gebäude sicherstellen. An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich der Polizei, aber auch dem Bezirksbürgermeister, danke sagen.

Durch das Beflaggen und Behängen von Rathausfenstern mit eindeutigen politischen Bekundungen durch pro Köln Aktivisten wurde auch das politische Neutralitätsgebot auf das Schärfste verletzt.

Wir, die Antrag stellenden demokratischen Fraktionen, halten diese Vorkommnisse für so schwerwiegend und gravierend, zumal die begründete Angst bei verschiedenen Damen und Herren unserer Bezirksvertretung besteht, ob sie denn auch in Zukunft frei und körperlich unbeschadet ihrem bezirksverfassungsrechtlichen ehrenamtlichen Auftrag und ihren Aufgaben auch und gerade in unserem Rathaus noch nachgehen können.

Wir fordern daher den Bezirksbürgermeister, den Oberbürgermeister sowie unsere Verwaltung auf, alles Erdenkliche zu tun und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass solche schlimmen Vorfälle sich niemals wieder in einem städtischen Dienstgebäude wiederholen können. Außerdem soll die Fraktion pro Köln mit ihren Räumlichkeiten ausgelagert werden.

Dieser Beschluss ist zur weiteren Behandlung an den Rat der Stadt Köln zu überweisen.

■ Nippes

Grüne Lunge steht vor der endgültigen Rettung

SPD und Grüne beabsichtigen, dass die Stadt das Rennbahngelände in Weidenpesch kauft. Durch den Kauf des Geländes könnte ein Schlussstrich unter die jahrzehntelange Diskussion um die Bebauung des Areals gezogen werden.

Zurzeit befindet sich das Gelände im Besitz des Landes. Der durch Misswirtschaft geprägte Rennverein war in den letzten Jahrzehnten permanent am Rande des finanziellen Ruins. Der Verein wollte sich durch die Bebauung des Geländes finan-

ziell sanieren. Immer wieder gab es auch Hinweise, dass nicht nur die Sanierung des Rennvereins eine Rolle spielen könnte. Es ging das Gerücht, dass ein großer Investor mit besten Beziehungen zum Rennverein viel Geld mit dem Gelände machen wollte.

Doch der Widerstand der Bevölkerung hat die Politik gezwungen, sich mehrheitlich gegen eine Bebauung auszusprechen. Mit dem Kauf des Geländes hat die Stadt die Möglichkeit, den dauerhaften Erhalt der Grünen Lunge Weidenpesch zu gewähren. Erpressungsversuche des Rennvereins könnten somit künftig ins Leere laufen. Ist der Verein nicht mehr in der Lage den Rennbetrieb aufrecht zu erhalten, kann das dem Großteil der Bevölkerung nun weitgehend gleich sein. Denn die Stadt hat dann die Möglichkeit mit ihrem Grünflächenamt das Areal der Bevölkerung gänzlich zur Erholung und Freizeitgestaltung bereit zu stellen.

Michael Weisenstein

■ Kalk

Ab sofort Sprechstunden des Bezirksvertreters

Im Stadtbezirk Kalk leben ca. 107.000 Menschen. Bei so vielen Einwohnern in einem armen Stadtbezirk ohne große Industrie nehmen auch die Probleme und Sorgen der Menschen tagtäglich zu. Die wachsende Armut und Arbeitslosigkeit führt dazu, dass viele Kalker Bürgerinnen und Bürger keine Zukunftsperspektiven mehr sehen. Die Armut ist mittlerweile nicht mehr allein bei den MigrantInnen in dem Stadtbezirk, der sich aus Brück, Höhenberg, Humboldt/Gremberg, Kalk, Merheim, Neubrück, Ostheim, Rath/Heumar und Vingst zusammensetzt, anzutreffen, sondern betrifft alle Menschen unabhängig von der Nationalität, Kultur und Heimatort gleichermaßen.

Die meisten der Bürger haben kein Vertrauen in bürgerliche politische Parteien, die vor den Wahlen alles versprechen, was sie aber nach den Wahlen direkt wieder vergessen oder mit der Begründung „die Kassen seien leer“ wieder ganz schnell aus ihrem Programm streichen. Durch Hartz IV, Kürzungen im Sozial-, Kultur-, Bildungs-, und Gesundheitsbereich oder auch durch Abbau bestehender Arbeitsplätze etc. werden die meisten Menschen in der Gesellschaft in die Armut reingedrängt.

DIE LINKE bekämpft diese wachsende Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit mit ihrer ganzen Kraft. Um den wachsenden gesellschaftlichen Problemen aber richtig begegnen und diese gemeinsam zu einer akzeptablen Lösung zu bringen, müssen wir uns noch mehr zusammenschließen. In diesem Sinne biete ich ab Montag, den 23. Juni 2008 für die Kalker Bürgerinnen und Bürger Sprechstunden an. Sie werden einmal wöchentlich montags zwischen 16.30 – 18.00 Uhr im GgS-Büro in Köln-Kalk, Steprathstr. 11,

51103 Köln stattfinden.

Damit wir uns näher kennenlernen und gemeinsam für die Lösung der Probleme in unserem Stadtbezirk Kalk besser einsetzen können und gemeinsame Forderungen aufstellen können, wie denn das Leben in Kalk schöner, besser und demokratischer gestaltet werden könnte, lade ich alle Kalker Bürgerinnen und Bürger dazu ein, in meine Sprechstunden zu kommen.

Özgür Demirel

■ Mülheim

Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept

Einen Schwerpunkt der letzten BV-Sitzung in Mülheim hat das rechtsrheinische Entwicklungskonzept eingenommen. In dem Entwicklungskonzept geht es darum, für die Region Deutz/Kalk/Mülheim/Buchforst ein Großprojekt zu realisieren, der die Erneuerung des Planungsraums mit einer Klärung der künftigen Nutzungsstrukturen bezweckt. Der Ortsverband DIE LINKE. Schäl Sick und die Fraktionsgemeinschaft Grüne-Linke hatten sich im Vorfeld mit den einzelnen Planungsprojekten kritisch auseinandergesetzt und Änderungsvorschläge eingebracht:

Eine wichtige Frage im Planungskonzept nimmt die Frage des Hochwasserschutzes ein. Hier haben wir die Vorverlegung der gesetzlichen Überschwemmungslinie abgelehnt.

Für Mülheim-Süd wurde auf den Bedarf einer Kindertagesstätte hingewiesen.

Die Stegerwaldsiedlung ist eine ehemalige Arbeitersiedlung, in der die soziale Segregation stark ausgeweitet ist. Für diese Siedlung wurden Kinderspielflächen gefordert.

Für den Stadtteil Buchforst haben wir eine Jugendeinrichtung gefordert. Die Verwaltung wurde aufgefordert, alternative Orte zu nennen.

Weiterhin haben wir die Verwaltung aufgefordert, analog zur Stegerwaldsiedlung, auch für den gesamten Stadtteil Buchforst eine Erhaltungs- bzw. Milieuschutzsatzung zur Deckelung der Mietpreisentwicklung vorzusehen.

Gefordert wurde, dass eine Aufwertung des Auenwegs zur örtlichen Hauptverkehrsstraße keine Beeinträchtigung des Fuß- und Radverkehrs zur Folge haben darf. Kritisch gesehen wurde auch der direkte Anschluss des Auenweges über die Rampen an die Stadtbahn/Zoostraße.

Auf der neuen Straßenverbindung zwischen Kalk und Buchforst geht es zunächst nur um eine Trassensicherung, dennoch ist der hier eingeschlagene Weg nicht mitzutragen. Die Trassensicherung auf der Stadtbahnstrecke durch die Deutz-Mülheimer Straße soll im Rahmen einer neuen Vorlage behandelt werden, an der auch die Akteure mit einbezogen werden müssen.

Kemal Bozay

Aus den Ausschüssen:

■ Sport

GmbH & Co. KGaA: als Profi kassieren, als Amateur zahlen

Für das Grundstück, auf dem das Geißbockheim steht und das knapp 5000 qm groß ist, zahlte der 1. FC Köln bisher eine symbolische Miete an die Stadt. Sie ist eher vergleichbar mit dem hiesigen Schrebergärtner-tarif und dem üblichen Obolus für gemein-nützige Vereine.

Seit März 2002 ist der Profifußballbe-reich (erste Mannschaft und Oberliga-Mann-schaft) des 1.FC Köln als 1.FC Köln GmbH, mit durchaus gewinnorientierter Ausrich-tung, aus dem Verein in eine GmbH & Co. KGaA ausgegliedert.

Da der Klub nun seine Geschäftsstelle auf das Areal am Decksteiner Weiher verla-gert, wird für die dafür erforderliche 800 qm große Fläche zukünftig eine Miete fällig, die weit mehr dem tatsächlichen Grundstücks-wert entspricht. Sie bietet einen Anhalts-punkt dafür, was eine kommerzielle Nutzung des Grundes eigentlich kosten sollte.

Das Gelände, das der FC zu Trainings-zwecken nutzt, steht dem Unternehmen im Rahmen der Sportstättenüberlassung quasi kostenlos zu Verfügung. Insgesamt handelt es sich bei der vom FC in Anspruch genom-menen Fläche um vorsichtig kalkulierte 35.000 qm. Eine Million Euro Pacht jährlich wären im Falle einer professionellen Nut-zung des gesamten Areals durchaus ange-messen.

Noch Anfang des Jahrtausends stand der FC am Rande des Ruins. Die von ihm verbindlich zugesagte Beteiligung am Stadi-onbau wurde dem Unternehmen durch Ratsbeschluss erlassen. Die Stadt stemmte das Projekt Stadion mit allen Kosten und Ri-siken allein. Gleichzeitig wurden dem FC im Hinblick auf seine finanziellen Schwierigkei-ten besonders günstige Klauseln bei Stadi-onmiete und Stadionnutzung eingeräumt. Die bekannteste Sondervereinbarung ist die Ermäßigung der Stadionpacht um 3 Millio-nen Euro bei Zweitligazugehörigkeit.

Unterdessen ist der FC, nicht zuletzt we-gen der massiven Unterstützung der Stadt Köln und ihrer Unternehmen (die Rhein-Energie GmbH steckt jährlich mehrere Mil-lionen Euro in den Verein), zu einem der wirtschaftlich potentesten Profi-Vereine Deutschlands aufgestiegen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die äußerst geringen Abgaben, die der FC für das Geißbockheim-Grundstück und das Trainingsgelände, die überwiegend von den Profis und damit kommerziell ge-nutzt werden, an die Kommune bezahlt, noch passend sind.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln wird des-halb über Anfragen versuchen, die mutmaß-lich vorwiegend professionelle Nutzung des

Geländes am Decksteiner Weiher durch die 1. FC Köln GmbH und Co. KGaA klären zu lassen.

Felix Schulte

■ Sport

KölnBäder sind gegen öffentliche Nutzung des Nippesbades

Viele Bürger in Nippes wünschen sich schon lange, dass ihr Bad am Wochenende wieder öffentlich zugänglich ist. In einem Ratsbeschluss wird ausdrücklich die positi-ve Prüfung der Wochenendöffnung ange-regt.

Das Nippesbad ist seit Anfang Mai samstags für Lehrschwimmkurse geöffnet. Dafür wird jedoch nur das Lehrschwimm-becken, nicht das 25-Meter-Becken ge-braucht. Es liegt also nahe, Synergieeffekte zu nutzen und für Interessierte zu öffnen.

Doch in ihrer Antwort auf eine entspre-chende Anfrage der LINKEN. zieht sich die KölnBäder GmbH auf ihren längst bekann-ten Standpunkt zurück, dass es zu wenig Nachfrage gäbe und es deswegen zu teuer sei, das Bad öffentlich zugänglich zu ma-chen. Doch über mangelnde Besucherzah-len zu klagen ist widersinnig, wenn öffentli-cher Zugang weder praktisch möglich noch gewollt ist.

Indes wird von einer „erfolgreich“ an-gelaufenen „Vermarktung der Wasserflä-che des 25-m-Beckens für Vereine und Sportgruppen“ gesprochen. „Seit Kurzem [werden] an Samstagen im Nippesbad Wasserkurse angeboten“ und die „Nachfra-ge nach diesen Kursen [ist] sehr hoch“. Al-lein diese Angaben widersprechen dem Ar-gument mangelnden Zuspruchs.

Mit der Antwort wird offenkundig, dass man der KölnBäder GmbH das alleinige Sagen bei den Stadteilbädern nicht überlas-sen darf. Die im Rat beschlossene Bürger-beteiligung muss schnellstens her, da sonst allein geschäftliche Gesichtspunkte zum Tragen kommen.

Felix Schulte

■ Jugendhilfe

Skater: Vertreibung ohne Ausweichfläche?

Platzjabbeck hat schon mehrmals vom Kreuzzug gegen die Skater berichtet. OB Schramma will die gefährlichen Unruhestif-ter im Bündnis mit den Luxusgenießern des Dom-Hotels, dem konservativen Dom-kapitel und weiteren Kräften von der Dom-platte vertreiben. Letzter Feldzug gegen die Krachmacher war es, die Kanten der Blu-menbeete so anzufräsen, dass man nicht mehr auf ihnen fahren kann ohne abzurutsch-

Dagegen demonstrierten die Jugendli-chen zusammen mit jung gebliebenen Mitt-dreißigern zuletzt unter dem Motto „25 Jahre Skater auf der Domplatte“. Wir dach-ten immer: Was in Köln zwei Jahre hinterei-nander stattfindet, ist Tradition. Ab dem dritten Jahr ist es Brauchtum.

Doch was Brauchtum ist und was Stö-rung der öffentlichen Ordnung bestimmen anscheinend nicht die Menschen, sondern die Eliten dieser Stadt. Dabei gibt es noch nicht einmal eine Ausweichfläche.

DIE LINKE. hat bis zuletzt versucht, den Status Quo am Dom zu erhalten und bauliche Veränderungen abzuwehren. Die Verwaltung wollte dagegen weitere Plätze prüfen. Zusammen mit „Dom Skateboar-ding“, der Interessenvertretung der Skater, wurde ein Standort bei der Südbrücke und einer am Grüngürtel in der Inneren Kanal-strasse angesehen. Dem Verein war die Flä-che an der Südbrücke zu klein und deshalb ungeeignet. Die Fläche am Grüngürtel wür-de „Dom Skateboarding“ gerne nutzen. Doch weil es sich dabei um ein Land-schaftsschutzgebiet handelt, ist eine Realisierung nicht wahrscheinlich.

Andrea Kostolnik

■ Allgem. Verwaltung und Rechtsfragen

Zivilmilitärische Zusammenarbeit bleibt gefährlich

Vor einigen Monaten hatte DIE LINKE. im Ausschuss schon einmal nach der Zusam-menarbeit ziviler städtischer Stellen mit der Bundeswehr gefragt. Die Antwort offenbar-te eine als normal angesehene Zusammen-arbeit bei Großereignissen wie der Fußball-weltmeisterschaft (Platzjabbeck 3/08 be-richtete).

Auf unsere Nachfrage hin kommt wei-teres Licht in das Dunkel einer unappetitli-chen Allianz. Denn diese Zusammenarbeit wird regelmäßig erprobt. Ein- bis zweimal pro Jahr werden Übungen zu Großscha-densereignissen durchgeführt. Federfüh-rend ist die Berufsfeuerwehr Köln. Einge-setzt werden aber auch Verbindungsleute und/oder Personal der Bundeswehr. Diese Verbindungsleute des Kreisverbindungs-kommandos der Stadt Köln (KVK Köln) be-stehen nicht nur aus routinierten Berufssol-daten. Zu ihm gehören auch 12 Reservisten.

Die Verbindungsstelle ist zwar weder in Räumen der Stadt untergebracht, noch stattet die Kommune sie mit Arbeitsmitteln aus. Doch kommt es zu einer Zusammenar-beit, dann wird „das Arbeitsmaterial für die benötigten Verbindungsleute in den Räum-lichkeiten des Führungs- und Schulungs-zentrums der Stadt Köln zur Verfügung ge-stellt.“ Dann ist die räumliche Trennung nämlich obsolet.

Der Einsatz „qualifizierter“ Helfer bei einem Großschadensereignis mag auf den ersten Blick einleuchten. Auf den zweiten

Blick ist er fatal. Er stärkt die Akzeptanz der Bundeswehr, gerade auf einen Einsatz im Inneren. Hier muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr – solange es sie noch gibt – sich strikt auf ihre militärische Aufgabe beschränkt. Viele solcher kleinen Übergriffe des Militärischen in die zivile Sphäre höhlen diese Trennung aus. Deshalb ist eine Verteidigung der Zivilgesellschaft auch im Kleinen nötig.

Jörg Detjen

■ Verkehr

Geld für einen Tunnel, der wahrscheinlich nie gebaut wird

Im Verkehrsausschuss haben CDU, SPD und FDP beschlossen, dass die Möglichkeit geschaffen werden soll, die Rheinuferstraße an der Südbrücke zu untertunneln. Die Autos sollen dann unter der neuen Nord-Süd-Stadtbahn fahren. Circa 2,7 Millionen Euro kosten allein die Vorbereitungsarbeiten für dieses Projekt, das nur dazu dienen soll, dem Autoverkehr freie Fahrt zu gewähren. Sollte der Tunnel tatsächlich irgendwann gebaut werden, beliefen sich die Kosten auf ungefähr 60 bis 80 Millionen Euro.

Nach heutiger Sachlage wäre diese Summe einzig von der Stadt Köln aufzubringen. Weder Verwaltung noch der Vorsitz des Verkehrsausschuss konnte auf die Frage des Vertreters von DIE LINKE. Köln Auskunft darüber geben, ob für dieses Projekt Zuschüsse von Bund und Land zu erwarten sind. Es muss also davon ausgegangen werden, dass dieser Tunnel nie finanziert werden kann. Nichtsdestotrotz beschließen die Autoparteien im Rat der Stadt Köln 2,7 Millionen Euro städtischer Mittel in der Erde zu vergraben.

Michael Weisenstein

■ Soziales und Senioren

Aktiv mit 50plus

In der letzten Sitzung legte die Verwaltung eine ausführliche Antwort auf eine mündliche Nachfrage der LINKEN. vor. Es ging um Bildung und Beratung für Seniorinnen und Senioren im Rahmen des Kompetenzzentrums LebensART 50plus.

Die Antwort der Verwaltung brachte Erstaunliches zu Tage. Danach braucht Köln keine Angst vor dem demografischen Faktor zu haben. Denn die Generation 50plus geht mitnichten in den Ruhe-Stand. Dafür sorgen Seniorenvertretung, die Uni und die VHS in Köln. Große Pläne warten auf ihre Umsetzung. So wird die zur Zeit noch existierende „Wissensbörse der VHS“ zur Internet-Infostelle für alle Bildungsangebote für 50plus ausgebaut. Dazu kommen ein Beratungstelefon für Bildungsangebote von öffentlichen und privaten Anbietern mit täglichen Sprechzeiten und eine persönliche Sprechstunde zur Orientierung an zwei Tagen in der Woche. Auch ein Bil-

Am 2. und 3. Juni informierte der DGB auf dem Rudolfplatz über seine Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Jörg Detjen und Michael Kellner erläuterten die Vorstellung der LINKEN. Sie unterstrichen, dass er die Pfändungsfreigrenze auf



keinen Fall unterschreiten darf, was im Moment einem Stundenlohn von mindestens 8,44 Euro entspricht.

DIE LINKE. kritisierte das Outsourcing städtischer Dienstleistungen und versprach, sich für eine Re-Kommunalisierung stark zu machen.

Das gesamte Interview ist unter www.linksfraktion-koeln.de nachzulesen.

Weg mit der Kostendeckelung für Krankenhäuser

Krankenhäuser sollen kranken Menschen helfen – und brauchen doch selbst Hilfe. Ihr Budget ist gedeckelt – auf ihre Kosten haben sie aber kaum Einfluss. Damit ihre chronische Unterfinanzierung endlich ein Ende hat, brachte DIE LINKE. Köln eine Resolution in den Rat ein, die eine Aufhebung der gesetzlichen Budgetdeckelung fordert.

Der Rat soll beschließen, die Landes- und Bundesregierung aufzufordern, „die Finanzierung der Krankenhäuser neu zu regeln und diese den Bedürfnissen der Häuser und damit der Realität anzupassen“.

Das heißt, es muss mit der bisherigen Praxis Schluss sein, das jährliche Krankenhausbudget nur an die Grundlohnsummensteigerung zu koppeln. Vielmehr müssen die tariflichen und gesetzlich gestiegenen Kosten refinanziert werden.

Einer Ausgabensteigerung von 8 Mrd. Euro bundesweit stehen nur 1 Mrd. Euro Mehreinnahmen gegenüber. Besonders kommunale Kliniken in größeren Städten seien von Schließung bedroht, ergab eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), wie der Kölner Stadt-Anzeiger am 11. Juni berichtete.

Auch die Kölner Kliniken, die bisher durch ständige Leistungssteigerungen noch jedes Jahr wirtschaftlich gut abgeschnitten haben, kommen wegen der fest-

gelegten einseitigen Belastung unter Druck. Das sind vor allem der gute Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, aber auch steigende Energiekosten.

Schon jetzt können die hohen Qualitätsstandards der Kliniken der Stadt Köln nur durch stärkere Arbeitsbelastung des Personals gehalten werden. Doch dieser Druck hinterlässt auf Dauer auch bei den motiviertesten Mitarbeitern Spuren; die medizinische und pflegerische Versorgung der Patienten leidet.

Weiterer Personalabbau – wengleich nicht zu verantworten – droht, bis hin zum Outsourcen von ganzen Betriebsbereichen zur Finanzierung unserer Kliniken. Doch ohne Ärzte und Ärztinnen, Pflegepersonal auf Intensivstationen, im OP und beim Röntgen, ohne Menschen im Technikbereich, in Küchen, Wäschereien, Hol- und Bringdiensten funktioniert kein Krankenhaus. Und ohne gewissenhafte Reinigung ist es sogar gefährlich, es zu betreten.

Die Krankenhausleistungen der kommunalen Kliniken müssen auch künftig in der jetzigen Qualität mindestens erhalten, wenn nicht gesteigert werden. Deshalb muss die gesetzliche Deckelung des Krankenhausbudgets aufgehoben werden. Sonst wird der Leitspruch der Kliniken der Stadt Köln „Der Mensch im Zentrum unseres Handelns“ ad absurdum geführt.

Michael Kellner

dungskiosk für tagesaktuelle Veranstaltungen ist geplant. Dafür soll ein E-Mail-Verteiler aufgebaut werden.

Zur Orientierung, Unterstützung und Qualifizierung werden bereits im kommenden Semester drei Module angeboten, die Menschen über 50 motivieren und anregen, ihre Kompetenz ermitteln und sie individuell beraten sollen. Und nebenbei sollen die Seniorennetzwerke Menschen über 50 fit für die Internet-Nutzung machen – wenn

sie es denn nicht schon längst sind. Manch einer wird sich noch an den Spruch aus der Schulzeit erinnern: Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Die Seniorinnen und Senioren setzen das um – wenn es nicht nur bei den Plänen bleibt! Die Kooperation von Stadt, Seniorenvertretung und Universität, deren Fortsetzung gesichert ist, wird ihnen dabei unter die Arme greifen.

Michael Kellner

DIE LINKE. organisierte eine Integrationskonferenz

Am Freitag, den 6. Juni 2008 hat die Projektgruppe „Interkulturelles Köln“ der LINKEN. Köln und die Fraktion eine Integrationskonferenz im Bürgerzentrum Ehrenfeld durchgeführt. Zwischen 16 und 22 Uhr diskutierten über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über verschiedene Aspekte von Integrationspolitik.

Nach einer Begrüßung gab es ein Impulsreferat vom LAGA-Vorsitzenden Tayfun Kelttek. Er stellte noch einmal die Kampagne „Hier wo ich lebe, will ich wählen – Wir Kölnerinnen und Kölner wollen wählen“ vor.

Im Anschluss ergriffen Migrantinnen und Migranten beim „offenen Mikrofon“ selber das Wort, und in drei Arbeitsgruppen („Bildung, Ausbildung und Integration“, „Prekarisierung, Arbeitsleben und Integration“ und „Migration, Sozialraum und soziale Stadt“) wurden die Diskussionen im jeweiligen Kölner Kontext vertieft.

Die Konferenz endete mit einem Ratschlag über die Situation von illegalisierten Menschen.

Beim Ratschlag wurde mit einem hochkarätigen Podium über die schlechte Lebenslage und die Probleme von illegalisierten Menschen in Köln anhand einer von der Universität Osnabrück gelieferten Studie diskutiert. Nach einer Schätzung der Universität Osnabrück leben ca. 20.000 Menschen ohne einen gültigen Aufenthaltsstatus in



Köln. Auch wenn diese illegalisierten Menschen über keinen Aufenthaltstatus verfügen, müssen die allgemein gültigen Menschenrechte wie beispielsweise das Recht auf Bildung oder Gesundheit auch für diese Menschen gewährleistet werden. So wurde bei der Diskussion, an der auch Stadtdirektor Kahlen teilnahm, auf der einen Seite über konkrete Wege, dies in Köln zu gewährleisten, diskutiert und auf der anderen Seite die grundsätzliche Kritik darüber geäußert, dass diese Menschen in der Bundesrepublik keinen gültigen Aufenthaltstatus erhalten.

Der Weg, den Spanien gegangen ist, nämlich allen Illegalisierten einen gültigen Aufenthaltstitel zu geben, wurde auch für die Bundesrepublik gefordert.

Die Konferenz hatte somit eine weite Bandbreite und war erfolgreich. Die Integration und das Zusammenleben in Köln kann auf der Ebene solcher Konferenzen gestärkt werden. Im September wird eine ausführliche Dokumentation der Integrationskonferenz erscheinen, die dann über das Fraktionsbüro angefordert werden kann.

Özlem Demirel

Grüne: Farbenblind und schwach in Mathe?

In der grünen Ratszeitung „Rathaus ratlos“ gibt es schon seit Jahren eine Informationssperre gegenüber der früheren PDS und der heutigen Fraktion DIE LINKE. LeserInnen könnten den Eindruck gewinnen, die LINKEN. gäbe es nicht im Rat.

Dazu zwei Beispiele aus der Mai-Ausgabe von Rathaus ratlos:

Im Artikel zum Köln-Pass steht: „Laut rot-grünen Ratsbeschluss vom 28.09.2006 sollen alle ...“ Hier müsste die LeserIn eigentlich stutzen. Einen rot-grünen Ratsbeschluss kann es nicht geben, weil SPD und Grüne keine Mehrheit haben. Den Köln-Pass gibt es nur, weil DIE LINKE. seit Jahren Druck gemacht hat und die Forderung nach einem Köln-Pass mehrfach in den Rat eingebracht hatte.

SPD, Grüne und LINKE. haben dann den Köln-Pass beschlossen. Ein wichtiges Startsignal für zahlreiche gemeinsame Entscheidungen.

Zweites Beispiel: Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus.

„Im Mai 2007 hatten SPD und Grüne die Schaffung einer solchen Struktur zum Schwerpunktthema 2007 zur Stärkung der Demokratie und zum Kampf gegen den Rechtsextremismus gemacht.“ Das ist ja nett, wenn SPD und Grüne getroffene Vereinbarungen mit der LINKEN. dann zu ihrem Schwerpunktthema machen bzw. ihren Lesern die Zugeständnisse verheimlichen wollen. Der Vorstoß kam allein von der LINKEN. und wurde in einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und DIE LINKE. zum Verdruss von CDU und FDP in den Rat eingebracht.

Bleibt abzuwarten, wie lang die grüne Infosperre noch anhält. Denn bei wechselnden Mehrheiten ist es schon ein Drahtseilakt der gewöhnlich gut informierten grünen LeserIn zu erklären bzw. nicht zu erklären, wie welche Beschlüsse zu Stande kommen.

Oder folgen Sie auch in Zukunft dem spießig-reaktionären Credo, das Franz Josef Degenhardt so treffend formulierte?

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern, sing nicht ihre Lieder.“

Der Platzjabbeck

Moncada-Fest in Köln



Jedes Jahr veranstaltet die Kubanische Botschaft in Zusammenarbeit mit Solidaritätsgruppen das Moncada-Fest. Dieses Jahr wird es nicht mehr in Bonn, sondern erstmals in Köln stattfinden. Namensgeber ist die Moncada-Kaserne, deren versuchte Erstürmung am 26. Juli 1953 den Volksaufstand gegen die Batista-Diktatur auslöste.

Während der Fiesta treten cubanische Musik- und Tanzgruppen auf. Es gibt original cubanische Speisen, Cocktails und andere Getränke zu volkstümlichen Preisen, Informationen aus und über Cuba, interessante Gespräche und vieles andere mehr. Der Eintritt ist frei und der Überschuss aus den Einnahmen wird für die Unterstützung der weltweiten Solidarität mit den »Miami 5« verwandt (www.miami5.de).

Samstag, 5. Juli, 15 – 20 Uhr

**Gelände der Kanugemeinschaft e.V. / KSG Köln
Alfred Schütte-Allee 32 in Köln-Poll
Linie 7, Haltestelle Raiffeisenstraße**

Offener Brief an die Mitglieder der Kölner CDU-Ratsfraktion

Sehr geehrte Mitglieder der Kölner
CDU-Ratsfraktion,

auch wenn es hier um einen Antrag der FDP-Ratsfraktion aus der letzten Ratssitzung im Mai 2008 geht, richte ich dieses Schreiben an Sie und nicht an die FDP. Das hat seinen Grund, auf den ich später zu sprechen komme.

Aber zunächst: Erinnern Sie sich? Die FDP hatte zur Ratssitzung einen Antrag eingereicht, in dem die Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus gefordert wird. Begründet wird dieser Antrag u. a. mit dem in den siebziger Jahren aus dem Nichts gezauberten Begriff der „*Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO)*“. Und die wird nach Meinung der FDP angeblich genauso von Rechtsextremisten wie von Linksextremisten bedroht. Den Linksextremisten wird zur Last gelegt: „*Sie verfolgen stattdessen Utopien einer eigentumslosen Ordnung bzw. herrschaftsfreies Zusammenleben.*“ Sie haben diesen Antrag mit Worten und Ihrer Stimme unterstützt.

Ist Ihnen im zuletzt zitierten Satz des Antrags der FDP nichts aufgefallen? Hier liegt nämlich die Ursache, warum ich Ihnen schreibe. Sie gehören einer Partei an, die sich christlich nennt. Auch das Christentum kennt genau die Utopien, die die FDP in ihrem Antrag anprangert und als bedrohlich bezeichnet. Das Paradies ist ein beeindruckendes Bild dafür – nicht historisch zu verstehen, sondern theologisch. Da ich selber Theologie (für das Lehramt) studiert habe, kenne ich mich damit aus.

Was soll so bedrohlich sein an einer Utopie von Eigentums- und Herrschaftslosigkeit? Ehrlicherweise muss man noch hinzufügen: Im Christentum blieb es nie nur bei der Utopie. „*Die ersten Christen waren ein Herz und eine Seele; und auch nicht einer sagte, dass etwas von seinem Besitz sein eigen sei, sondern alles war ihnen gemeinsam*“ (Apostelgeschichte 4,32). Die Zeiten ändern sich bekanntlich, aber noch heute wird in zahlreichen Klöstern diese Utopie ernst genommen und gelebt. Ist das Christentum und damit Ihre Partei also auch links-extremistisch? Seien Sie froh, dass Rot-Rot-Grün diese Infostelle verhindert hat!

Die Gleichsetzung der FDP von Rechts- und Linksextremismus, die Sie im Rat unterstützt haben – *werch ein Illtum!* – hat aber noch einen anderen, schwerwiegenden Haken. Sie zeigt die Unfähigkeit der FDP (und Ihnen?), zwischen dem ursprünglichen, eigentlichen Kern einer Lehre und seiner Umsetzung oder Verdrehung im Laufe der Geschichte zu unterscheiden. Die FDP in Köln muss sich damit nicht befassen. Sie hat offensichtlich keine Utopien. Aber für Ihre Partei wird eine so beschriebene Unfähigkeit

lichtung

**manche meinen
lechts und links
kann man nicht
welchsern.
Werch ein illtum!**

Ernst Jandl

gefährlich. Gegenüber der langen und z. T. unsäglichen Geschichte des Christentums ist die relativ kurze Geschichte des Sozialismus ein Waisenkind. Darf ich Sie erinnern an die zahlreichen Schriften der Kirchenväter ad-versus judaeos (gegen die Juden), die später manchen Antisemiten als gefällige Vorlage dienten? Oder an die Inquisition, die Hexenverbrennungen und den Kolonialismus? Dennoch bleibt für mich der eigentliche – biblische – Kern des Christentums menschenfreundlich, nicht rassistisch, nicht gewalttätig, internationalistisch. Geschichtliche Verformungen und Auswüchse können den Kern der christlichen Lehre – Nächstenliebe und Gewaltlosigkeit – nicht in sein Gegenteil verkehren.

Auch der Sozialismus hat im Laufe seiner – eher kurzen – Geschichte Unmenschlichkeit den Weg geebnet. Allerdings wird man bei den Gründervätern Marx und Engels keinen Rassismus, keinen Aufruf zu grausamer und menschenverachtender Gewalt finden. Sein eigentlicher Kern, die Parteinahme für die entrechtete Klasse in der Gesellschaft, ist Menschen zugewandt und fordert soziale und ökonomische Gerechtigkeit. An dieser Stelle berühren sich linke und christliche Forderungen und Ideen.

Ganz anders verhält es sich aber mit dem Rechtsradikalismus. Der Rechtsradika-

lismus ist in seiner Lehre von Grund auf menschenverachtend, rassistisch, Volk und Gewalt verherrlichend. Der Nationalsozialismus war und ist keine Verirrung und Entartung der rechtsextremen Ideologie, sondern ihre konsequente und brutale Umsetzung. Insofern ist Faschismus schon in seiner Meinung ein Verbrechen.

Wer Rechts und Links gleichsetzt, setzt sich damit über den grundsätzlichen ideologischen Unterschied von Links und Rechts hinweg. Rechtsextremismus wird auf diese Weise verharmlost. Hier wird alleine die äußere Form bzw. Ausformung von Herrschaft gemessen. Die ideologische Verankerung, die eigentlichen Ziele und Motivationen spielen keine Rolle. Historisch gesehen trifft eine solche Argumentation viele Bewegungen und Gruppen in unserer Gesellschaft, auch das Christentum fällt darunter und damit auch Ihre Partei. Und das Schlimme ist: die Rechtsextremen trifft es nicht wirklich. Sie sind nur noch eine Gruppe unter anderen, laufen sozusagen mit – mit der FDP sowie, aber auch mit Ihnen.

War das wirklich Ihr Wunsch, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, bei der Abstimmung über den FDP-Antrag? Bei der Abstimmung haben wir noch für Sie mitgedacht. Die Entscheidung über den Beitritt zum Beirat der Infostelle gegen Rechtsextremismus müssen Sie nun selber fällen. Ich empfehle Ihnen dringend: Überprüfen Sie Ihre Absage und sorgen Sie mit dafür, dass Rechtsextreme in Köln kein Chance haben.

Michael Kellner,

Mitglied im Rat der Stadt Köln



Am 1. Juni demonstrierten mehrere tausend Menschen auf der Domplatte für ein friedliches Kurdistan. Jörg Detjen überbrachte die Solidarität der Fraktion:

„Gemeinsam wollen wir die demokratische Lösung der Kurdenfrage in Köln und in Istanbul.“ Detjen bestärkte die Demonstranten in ihrer Forderung nach einer friedlichen und dauerhaften Lösung der Kurdenfrage, die maßgeblich am Verhalten des türkischen Staates hängt. Er erinnerte aber auch an die Bedrohung durch Rechtsextreme und Rassisten in Köln, die gegen ein Zusammenleben mit Migranten und Migrantinnen hetzen.

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Was tun gegen Kinderarmut in Köln?

DIE LINKE. lockte trotz Fußball Interessierte zur Podiumsdiskussion



Der Fußballgott meinte es nicht gut, als er am Abend der lange geplanten Podiumsdiskussion zum Thema Kinderarmut das Spiel Österreich – Deutschland zum vorzeitigen Endspiel um den Einzug in das Achtelfinale hochstilisierte.

Trotzdem hatten 15 Interessierte den Weg in das Rathaus gefunden, um Gegen-

strategien zur wachsenden Kinderarmut zu diskutieren.

Einig waren sich alle Anwesenden, dass die Lage dramatisch sei. Die letzten Kölner Zahlen von 2007 wiesen ca. ein Viertel der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren als SGB-II Empfänger und damit arm aus. Der tatsächliche Anteil dürfte noch darüber

liegen. Marlis Herterich, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes schätzte die Zahl eher auf 30% der Kölner Jugendlichen.

Armut hat viele Gesichter. Elke Hoheisel vom Personalrat Grundschule der GEW berichtete von Kindern, die ohne Essen in die Schule kommen und ihren Hunger schamhaft verstecken. Auch für Schreibmaterial sei kein Geld da, von guter Kleidung ganz zu schweigen. Die Forderung der Fraktion DIE LINKE., die Erstausrüstung für I-Dötzchen im Wert von ungefähr 170 Euro für arme Kinder kommunal zu übernehmen, brachte Özlem Demirel ins Spiel. Sie wurde im Publikum dann auch folgerichtig als längst überfällig gesehen.

Die Landessprecherin der LINKEN., Ulrike Detjen, machte den Vorschlag einer Volksinitiative für ein kostenfreies Mittagessen, was auf breite Zustimmung stieß.

Um die materiellen Folgen von Armut zu bekämpfen sind ferner kostenfreie Bildung bzw. Kinderbetreuung notwendig.

Hedel Wenner, Geschäftsführerin des Kölner Arbeitslosenzentrums betonte, dass die ARGE das Problem eher verschärft. Denn arme Erwachsene haben arme Kinder. Außerdem sind sanktionsbewehrte Jobprogramme wie die Sprungbrett-Maßnahmen für Jugendliche kontraproduktiv.

Frau Herterich vom Kinderschutzbund dagegen betonte die Notwendigkeit von eigenen Kinderrechten, die auch im Grundgesetz verankert werden müssen. Materiell sollten diese in einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder münden. Darüber, dass die Transferleistungen für Kinder zu niedrig sind, gab es Konsens unter allen Beteiligten. Nun muss der Kampf gegen Kinderarmut auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Die kommunale Ebene ist dabei angesichts des Armutrisikos, das Hartz IV bedeutet, sicher nicht die entscheidende. Trotzdem muss auch hier getan werden, was getan werden kann.

Andrea Kostolnik

Termine... Termine...

In den Sommerferien ist das Fraktionsbüro selbstverständlich auch besetzt.

Für Fragen und Probleme stehen wir auch in den Schulferien zur Verfügung.

Jeden Montag, 16.30 bis 18 Uhr,
Sprechstunde des Kalker Bezirksvertreters
Özgür Demirel,
GgS-Büro, Steprathstr. 11

12.8., 16.30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

14.8., 17.30 Uhr
AK Jugend und Schule
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

26.8., 18.30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion